



Informationsbrief

Weltwirtschaft & Entwicklung

Hg. v. Elmar Altwater, Dieter Boris, Tatjana Chahoud, Hans-Joachim Döring, Rainer Falk, Thomas Fues, Bernd Hamm, Gunther Hilliges, Uwe Hoering, Hartwig Hummel, Jens Martens, Klaus Milke, Doris Peschke, Christoph Scherrer, Frithjof Schmidt, Herbert Schui, Heffa Schücking, Barbara Unmüßig, Peter Wahl, Christa Wichterich

Präludium für G20:

Die Kollision der Ökonomien

Es gäbe beileibe genug unerledigte Aufgaben, derer sich die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) annehmen könnte, wenn sie vom 11.-13. November in Seoul/Südkorea zusammentrifft. Doch jetzt droht eine Kollision der Ökonomien – gespeist von einem Streit über Wechselkurse, globale Ungleichgewichte und die Eindämmung neuer spekulativer Blasen in den Schwellenländern, schreibt **Rainer Falk**.

Ginge es nach den Erwartungen der Wohlmeinenden, einschließlich der südkoreanischen Gastgeber, dann würde der G20-Gipfel in Seoul nach dem verunglückten Toronto-Gipfel (s. W&E 06/2010) die immer noch offenen Regulierungslücken auf den Finanzmärkten identifizieren und schließen, die neuen Kapitalstandards des Baseler Bankenausschusses absegnen und möglichst verbessern und einen neuen entwicklungspolitischen Konsens verabschieden, der die Lehren aus dem rasanten Aufstieg der Schwellenländer für den Rest der Entwicklungswelt ziehen könnte. Doch das überragende Thema dürfte die Auseinandersetzung über den neuen Währungskrieg werden, von dem seit kurzem die Rede ist.

● **China-Bashing auf dem Höhepunkt:** Die Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank Anfang Oktober in Washington gab einen Vorgeschmack darauf, wie dieser Streit auch in Seoul in einem „clash of economies“ (Financial Times) enden könnte. Verzweifelt war die IWF-Spitze in Washington bemüht, die Wogen zu glätten. Faktisch besitzt der Fonds aber nur geringe Möglichkeiten, die Höhe der Wechselkurse zu beeinflussen. Bereits vor der großen Finanz-

krise war eine sog. multilaterale Surveillance-Initiative faktisch im Sande verlaufen. Durch die vergleichende Analyse der Makropolitik der Länder mit den größten außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten sollte der IWF Hinweise zu deren Abbau geben. Im Endeffekt führte dies jedoch lediglich dazu, die US-Position zu verstärken, die China zu einer deutlicheren Aufwertung des Yuan auffordert, um die eigene Konkurrenzposition zu verbessern.

In Washington wurde jetzt ein neues Instrument aus der Taufe gehoben, mit dem der IWF einen Beitrag zum „Rebalancing“ der Weltwirtschaft leisten soll, sog. Spillover-Analysen, die untersuchen sollen, wie sich wirtschaftspolitische Maßnahmen des einen Landes, beispielsweise Chinas, auf andere Länder, z.B. die USA, auswirken. Ob dabei mehr herauskommt als eine neuerliche Verstärkung des China-Bashings, bleibt abzuwarten.

In der Tat erreichte dieses „Draufhauen auf China“ auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank seinen vorläufigen Höhepunkt. Die Positionen stehen sich dabei ziemlich unvereinbar gegenüber. Die USA behaupten, die globalen Ungleichgewichte (hier Überschussländer wie China, Japan und Deutschland – dort Defizi-

tländer wie die USA) seien das Resultat künstlich beeinflusster Wechselkurse. Ende September hat das US-Repräsentantenhaus in einem Beschluss sogar festgestellt, die Unterbewertung des Yuan sei das Ergebnis von „Währungsmanipulation“ und rechtfertige somit Strafzölle gegen chinesische Importe (s. nachfolgenden Beitrag von Martin Khor). Nur wenige betonen, dass dies eine sehr einseitige Sicht ist und die Veränderung der Wechselkurse keine Wunderwaffe darstellt, um die Probleme der US-Ökonomie zu beheben. So wies der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz am Rande der Jahrestagung darauf hin, dass sich die Ungleichgewichte seit 2005 verstärkt haben, obwohl die Chinesen ihre Währung seither um 20% aufgewertet haben.

● **Replik aus Peking:** Die Chinesen ihrerseits weisen eine abrupte Aufwertung des Yuan mit dem Argument zurück, dass dies ihren Exportsektor beschädigen und damit Abertausende arbeitslos in die ländlichen Regionen zurücksenden würde, die Gefahr sozialer Unruhen eingeschlossen. Im Übrigen stellen das starke chinesische Wachstum und das umfangreiche binnenwirtschaftliche Konjunkturprogramm, das Peking in der Krise aufgelegt hat, für sich genommen einen außerordentlichen Beitrag zur weltwirtschaftlichen Erholung dar.

In Washington zogen die Chinesen darüber hinaus noch ein weiteres Argument aus dem Hut, das sie in eine Frontlinie mit weiteren Schwellenländern bringt: Es sind die USA, die durch neue Runden des „Quantitative Easing“ (im Klartext: geldpolitische Lockerung durch Geld drucken) und historische Niedrigstzinsen die Welt mit anlagesuchendem Kapital überschwemmen. Vor allem

in den Schwellenländern, in denen die Renditen durchweg höher sind als in den Industrieländern, kann dies zum Entstehen neuer spekulativer Blasen führen und den Aufwertungsdruck verstärken.

In der Tat werden wir derzeit Zeugen eines neuen Kapitalbooms in den aufstrebenden Märkten von China über Südostasien bis nach Lateinamerika (s. auch W&E 08/2010). Nach Angaben des *Institute for International Finance* in Washington werden sich die Nettokapitalzuflüsse in die Schwellenländer 2010 und 2011 jeweils auf über 800 Mrd. US-Dollar belaufen. In Abwesenheit eines funktionierenden internationalen Währungsmanagements sehen sich immer mehr Länder dazu veranlasst, dieser Kapitalflut mit regulierenden Interventionen in den Markt entgegenzutreten. Auch wenn eingefleischte Neoliberale den Wert solche Maßnahmen bezweifeln, können diese Länder von Glück reden, dass Kapitalverkehrscontrollen inzwischen wieder allgemein als legitimes Instrument der Wirtschaftspolitik akzeptiert werden.

● **Das Gespenst der Großen Depression ist zurück:** Dennoch ist die jetzt entstandene Konstellation alles andere als unproblematisch. Wie die Ökonomen der UN-Abteilung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (DESA) in ihren jüngsten Monatsbriefing hervorheben, birgt sie das Risiko eines konkurrenzgeleiteten Abwertungswettlaufs – eines *race to the bottom*, mit negativen Auswirkungen auf den internationalen Handel und neuen Turbulenzen auf den Währungsmärkten. Mitten im stockenden Aufschwung der Weltkonjunktur (dazu demnächst: W&E-Hintergrund Oktober 2010) scheint sie wieder zurück im internatio-

nenal Diskurs: die Analogie zur Großen Depression. „Die Furcht besteht jetzt darin“, schreiben Barry Eichengreen (University of California) und Douglas Irwin (Dartmouth College), „dass ein Währungskrieg, der zu Zöllen und Vergeltungsmaßnahmen führt, Unterbrechungen im internationalen Handelssystem auslösen könnte, die so ernst sind wie die der 1930er Jahre.“

Was also tun? Die Herausforderung, vor der die G20 angesichts des beschriebenen Szenariums steht, könnte kaum größer sein. Der bloße Aufruf zu mehr Kooperation und Koordination wird da nicht genügen, zumal der Impetus dazu in Zeiten der wirtschaftlichen Erholung ohnehin nachlässt. Hinzu kommt: Wenn die Konzepte und Positionen in der Kollision der Ökonomien so gegensätzlich sind wie gegenwärtig, gibt es wenig, das koordiniert werden könnte. In der Praxis werden die Staaten also versuchen, ihre Probleme zunächst durch unilaterale Maßnahmen zu lösen. Aus der Sicht der US-Position durchaus zielführend ist beispielsweise die derzeitige Abwärtsreise des US-Dollars. Das mag die US-Exporte zwar verbilligen, freilich aber nur so lange, bis sich andere an die neue Situation angepasst haben.

Erfolgversprechender ist da schon der Ansatz Frankreichs für die kommende G20-Agenda nach dem Seouler Gipfel. In seinem Mittelpunkt stehen ein neuer Anlauf zu einer Reform der internationalen Währungspolitik, neue Initiativen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise, darunter der Nahrungsmittelpreise, eine Reform der G20-Governance und ebenfalls (wie bei den Südkoreanern) eine neue Entwicklungsagenda. Das Konzept, das auch einen Neustart der Debatte um eine Finanztransaktionsabgabe einschließt, zielt auf zwei herausragende Faktoren der Instabilität des internationalen Systems, die Volatilität der Währungs- und der Rohstoffpreise. Wie aus Paris verlautet, ist es als offener Diskurs angelegt und nicht als Präsentation vorgefertigter Modelle – vielleicht nicht der schlechteste Weg, um die gegenwärtigen Blockaden aufzubrechen. □

► Mehr im Blog *Baustellen der Globalisierung*

USA und China am Rande eines Handelskriegs?

Neu-alte Obsession der US-Politik

Einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einem neuen Handelsprotektionismus gingen Ende September die Vereinigten Staaten. Das Repräsentantenhaus verabschiedete ein Gesetz, das der Regierung die Anhebung von Zöllen auf Produkte aus Ländern gestattet, denen unterstellt wird, ihre Währungen „grundlegend manipuliert“ zu haben. Den Trend zu einem neuen Handelskrieg kommentiert **Martin Khor**.

Das Gesetz zielt eindeutig auf China, von dem viele in Kongress und Administration glauben, dass es den Wert seiner Währung bewusst niedrig hält, um seine Exporte zu steigern. Allerdings wird China in dem Gesetz nicht ausdrücklich aufgeführt, so dass es auch gegen andere Länder verwendet werden könnte.

● **Gesetz gegen „Währungsmanipulation“:** Das Gesetz passierte das Repräsentantenhaus am 29. September mit 348 zu 79 Stimmen, kann aber nicht ohne die Verabschiedung im Senat und die Unterzeichnung durch Präsident Barack Obama in Kraft treten. Es gibt Spekulationen darüber, dass diese beiden Schritte nicht so wahrscheinlich sind und dass das Gesetz des Repräsentantenhauses eher eine Drohung ist, die den Druck auf China steigern soll, damit es den Yuan viel stärker aufwertet als bislang.

Viele amerikanische Politiker machen den angeblich grob unterbewerteten Yuan für das US-Handelsdefizit verantwortlich. Der Ökonom Paul Krugman hat eine Sondersteuer von 25% auf chinesische Produkte gefordert. Angesichts der kommenden Kongresswahlen am 2. November haben viele Politiker beider Parteien ihr China-Bashing verstärkt, und auch Obama hat die chinesische Währung zur obersten Priorität erklärt, als er vor zwei Wochen mit dem chinesischen Premierminister Wen Jiabao in New York zusammentraf.

Das Währungsthema ist das jüngste Argument in einer Serie neuer Gründe, die zur Blockierung von Importen angeführt werden. Im letzten Monat hat die Stahlarbeiter-Gewerkschaft die US-Administration in einer Petition gebeten, ein WTO-Verfahren gegen China anzustrengen,

weil dieses Exportsubventionen für lokale Hersteller von Produkten der Solar- und Windenergie vergibt. Im letzten Jahr hat das Repräsentantenhaus ein Gesetz zum Klimaschutz verabschiedet, das einen Abschnitt enthält, der den Präsidenten anhält, sog. Grenzanpassungsmaßnahmen (eine finanzielle Gebühr oder Abgabe) auf ausgewählte Produkte aus Ländern zu erheben, die sich nicht an die US-Standards zur Emissionsminderung halten.

● **Scharfe Reaktionen aus China:** China hat das Währungsgesetz scharf zurückgewiesen. Ein Sprecher des Außenministeriums sagte, man sei gegen das Gesetz und warnte davor, dass die Nutzung des Yuan-Wechselkurses zum Handelsprotektionismus den chinesisch-amerikanischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und der Weltwirtschaft nur schaden könne. Und ein Sprecher des Handelsministeriums sagte, dass „Antisubventionsmaßnahmen auf währungspolitischer Grundlage gegen die WTO-Regeln verstoßen“. Ein Ökonom von der Chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Zhang Xiaojing, kommentierte: „Es handelt sich um einen förmlichen Schritt zum Handelskrieg.“

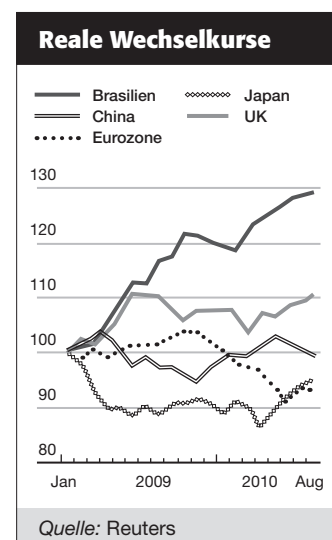
Während einige US-Ökonomen der chinesischen Währung die Schuld geben, weisen andere darauf hin, dass die ökonomischen Probleme der USA andere, wichtigere Gründe haben und dass selbst eine starke Aufwertung des Yuan gegenüber dem Dollar die US-Probleme nicht lösen würde. Zum Beispiel äußerte sich ein kürzliches Papier des *South Centres* (s. W&E-Hintergrund April 2010) über die globalen Wirtschaftsperspektiven skeptisch darüber, ob

eine Dollarabwertung gegenüber China die tieferen Ursachen der Überkonsumtion in den USA beseitigen würde. In eine ähnliche Richtung argumentiert auch der neue *Trade and Development Report* der UNCTAD (s. W&E 09/2010).

Es ist unwahrscheinlich, dass es zu einem merklich stärkeren Wachstum der Exporte nach China kommt. Selbst wenn es zu einer Reduktion der chinesischen Exporte in die USA käme, würden diese durch Importe aus anderen Entwicklungsländern ersetzt werden, solange die US-Konsumenten über ihre Verhältnisse leben.

Das *South Centre*-Papier hebt hervor, dass die USA in den letzten vier Jahrzehnten immer Leistungsbilanzdefizite hatten, ungeachtet der Stärke des Dollars gegenüber den Währungen ihrer Haupthandelspartner. In den 1970er Jahren gaben sie Deutschland die Schuld, in den 1980ern Japan und jetzt China.

● **Wann ist eine Währung „grundlegend unterbewertet“?** Das neue Gesetz weist das US-Handelsministerium an, „grundlegend unterbewertete“ Währungen als eine Exportsubvention zu betrachten, so dass gegen Importe aus dem betreffenden Land entsprechend gehandelt werden kann. Das widerspricht der bisherigen Praxis des Ministeriums, solche Untersuchungen im Falle Chinas zurückzuweisen, und zwar mit der Begründung, dass die Exporteure nicht die einzigen Profiteure solcher „Subventionen“ seien (weil beispielsweise auch lokale Produzenten von einer überbewerteten Währung profitieren).



● **Klimaverhandlungen vor Cancún:** Die letzte Runde der Klimaverhandlungen vor dem UN-Klimagipfel in Cancún fand in der ersten Oktoberhälfte in Tjianjin/China statt. Sie hat nach Einschätzung der Nord-Süd-Initiative Germanwatch nur bescheidene Ergebnisse gebracht. In den Verhandlungspaketen zu Anpassung, Technologie, zum Regenwaldschutz und zum Finanzfonds gab es Fortschritte. Entscheidungen dazu scheinen in Cancún im Dezember möglich. Bei den zentralen Knackpunkten der Verhandlungen jedoch gab es weitgehende Blockaden. Erneut wurde deutlich, dass viele Industrieländer davor zurückscheuen, sich zu einer zweiten Periode des rechtlich verbindlichen Kyoto-Protokolls zu verpflichten. Für die US-Regierung kommt dies aufgrund der innerstaatlichen Debatte nicht in Frage. Kanada, Japan und Russland wollen sich jedoch nicht ein zweites Mal ohne die USA verbindlich verpflichten. Hinzu kommt, dass die Reduktionsziele, die die Industrieländer akzeptieren wollen, nicht vereinbar sind mit dem international akzeptierten Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf weniger als zwei Grad zu begrenzen. Hierfür müssten sich ihre Reduktionsziele für das Jahr 2020 auf mindestens 25-40% belaufen, bislang kommen sie jedoch zusammengekommen nur auf 15%. Vor diesem Hintergrund der „großen Flucht aus dem Kyoto-Protokoll“ blockiert ein Teil der Entwicklungs- und Schwellenländer die Verhandlungen über ihren eigenen Verpflichtungen - bis die Industrieländer bereit sind, sich zur zweiten Verpflichtungsperiode von Kyoto zu bekennen. Germanwatch-Geschäftsführer Christoph Bals nennt es „kurios“, dass China einer der Staaten ist, die besonders vehement diese Blockade betreiben. Denn fast die Hälfte der weltweit im letzten Jahr neu gebauten Anlagen für Erneuerbare Energien - 39 Gigawatt - wurden in China installiert. Tausende von Unternehmen und Kraftwerken wurden in den letzten Monaten geschlossen, weil sie zu viele Emissionen ausstoßen. Gerade hat die Internationale Arbeitsorganisation ILO

eine Studie veröffentlicht, nach der bis zum Jahr 2020 etwa 30 Millionen neue grüne Jobs in China entstehen könnten. Mexiko als die kommende Präsidentschaft des Klimagipfels im Dezember, Südafrika als Präsidentschaft des Nachfolgegipfels Ende 2011 und Brasilien als Gastgeber des Rio-plus-20-Gipfels 2012 müssen in den kommenden Wochen ein weiteres Ministertreffen Anfang November vorbereiten. Dort wird vermutlich die Vorentscheidung fallen, ob die gegenseitige Blockade bis Cancún wenigstens teilweise aufgelöst werden kann.

● **Vibración:** Mit über 200 Werken der Malerei, Skulptur, Zeichnung und Fotografie werden unter diesem Titel in der Bundeskunsthalle in Bonn bis zum 30. Januar 2011 die wichtigsten Positionen der geometrischen Abstraktion in Lateinamerika vorgestellt - einer Kunstströmung, die die figurativen Erzählmuster der präkolumbischen, indigenen Malerei verlässt und durch Struktur, Farbe, Form und Rhythmus eine neuartige, bewusste Wahrnehmung der Wirklichkeit einfordert. Die wichtigsten Künstler dieser Richtung: Joaquín Torres-García, Lygia Clark, Lucio Fontana, Julio Le Parc, Hélio Oiticica, Hércules Barsotti, Carmen Herrera, Alejandro Otero, Carlos Cruz-Diez und Jesús Rafael Soto. Darüber hinaus stammt gut ein Dutzend der vertretenen Künstler ursprünglich aus Europa. Die Kunst- und Ausstellungshalle möchte das künstlerische Werk dieser Opfer des Nationalsozialismus exemplarisch würdigen, indem sie drei Künstlerinnen, Gego (Gertrud Goldschmidt), Mira Schendel und Grete Stern, mit Leihgaben aus internationalen Sammlungen ausführlicher vorstellt und in die Ausstellung integriert. Die Bonner Informationsstelle Lateinamerika hat zu diesem besonderen Aspekt ein sehr empfehlenswertes Schwerpunkt-Heft (ila-info 338/September 2010: www.ila-bonn.de) zusammengestellt. Einen guten Überblick bietet auch der Katalog. Bezug: über www.bundeskunsthalle.de

● **Solarpreis für Elmar Altvater:** Den Solarpreis in der Kategorie Bildung und Ausbildung erhielt in diesem Jahr unser Mitherausgeber Elmar Altvater. In der Würdigung heißt es: „Prof. Altvater ist einer der wenigen Wissenschaftler, die den elementaren Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Umwelt analysiert und die prinzipielle

Unvereinbarkeit der Nutzung endlicher Ressourcen mit überlebensfähiger Wirtschaftsperspektive herausgearbeitet haben. Bahnbrechend war seine Schrift „Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität“ von 1969, in der er die sozialen und ökologischen Kosten des Ressourceneinsatzes als fundamentales Problem allen Wirtschaftens herausarbeitete. Diese externen Effekte in der Energieversorgung, die nur durch den umfassenden Wechsel zu Erneuerbaren Energien vermeidbar sind, bleiben noch heute in den meisten wirtschaftswissenschaftlichen Studien und in der energiepolitischen Diskussion unbeachtet. Dies führt dazu, dass die Energiepreise nicht allein die ökologische und soziale, sondern auch die ökonomische und politische Wahrheit verschleiern.

Der Politik- und Wirtschaftswissenschaftler Prof. Altvater repräsentiert durch seine Forschung und Lehre die wissenschaftlich fundierte Alternative zu den herkömmlichen energieökonomischen Denkschulen.“ Wir gratulieren herzlich! Weitere Information: unter www.eurosolar.de/de

● **Lesehinweise:**

* Thomas Fues/Peter Wolff (eds.), *G20 and Global Development: How can the new summit architecture promote pro-poor growth and sustainability?*, E-book, 113 pp, DIE: Bonn 2010. Bezug: über www.die-gdi.de
* Marcel van der Linden (Hg.), *Grenzenüberschreitende Arbeitergeschichte: Konzepte und Erkundungen* (ITH-Tagungsberichte der Linzer Konferenz, Bd. 44), 273 S., Akademische Verlagsanstalt: Leipzig 2010. Bezug: Buchhandel*)

● **Zusätzlich unter www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org:**

* Der Süden könnte den IWF aufmischen. Doch bislang schweigt die Mehrheit (*Mark Weisbro*)
* Wie falsche Strategien Mordshunger schaffen. Der Fall Haiti (*Jean Feyder*)
● **Neu auf www.wdev.eu:**
* Christine Lagarde: French priorities for the G20 (video)
* FAT versus FTT: How the EU is manoeuvring (*Peter Wahl*)
* Labour market recession threatens social outlook (*Carla September*)
● **Neu auf www.baustellen-der-globalisierung.blogspot.com:**
* Schwerpunkt: Berichte und Kommentare von der Jahrestagung von IWF und Weltbank

*) Jedes Buch können Sie auch über die Amazon-Anzeigen auf unserer Website bestellen. Sie unterstützen dabei ganz nebenbei auch W&E. Danke!

Das Gesetz beseitigt somit eine Barriere und wird - wenn es in Kraft tritt - die Chancen der Beschwerde führenden US-Konzerne erhöhen, Strafzölle gegen chinesische Produkte durchzusetzen. Diese Konzerne müssten dann nachweisen, dass sie durch Importe aus den beschuldigten Ländern ernsthaft geschädigt worden sind oder ihnen solcher Schaden droht. Das Gesetz definiert eine Währung als „grundlegend unterbewertet“, wenn die Regierung anhaltend und groß angelegt - über 18 Monate hinweg - in einen ausländischen Währungsmarkt interveniert hat, wenn der reale effektive Wechselkurs in diesem Zeitraum um mindestens 5% unterbewertet war, wenn das Land

in diesem Zeitraum deutliche und anhaltende Leistungsbilanzüberschüsse hatte und wenn die ausländischen Währungsreserven der Regierung den Betrag übersteigen, der notwendig ist, um die Schuldendienstverpflichtungen der nächsten 12 Monate zu bedienen, höher als 20% der Geldmenge des Landes sind und den Wert der Importe des Landes in den vorhergehenden vier Monaten übersteigen. Wenn dieses Gesetz zur Anwendung kommt, wäre eine Schlüsselfrage, ob es mit den WTO-Regeln vereinbar wäre. Seine Befürworter behaupten das, doch China ist anderer Meinung. Was immer ein WTO-Panel in einem solchen Fall künftig entscheiden mag, dies

wäre ein schwerer Schaden für die chinesisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen. Premierminister Wen verteidigte die Währungspolitik seines Landes kürzlich mit dem Hinweis, dass der Yuan zwischen Januar 1994 und Juli 2010 um massive 55,2% aufgewertet worden sei. Er fügte hinzu, dass der Yuan seit Juni, als China den Wechselkursmechanismus des Yuan reformiert hat, zusehends flexibilisiert worden sei, China aber immer noch mit großen Schwierigkeiten zu tun habe, so dass es keinen Grund für eine drastische Aufwertung gäbe. Die obsessive Überzeugung von US-Politikern, dass die ökonomischen Probleme ihres Landes

* Antje Schultheis, *Politische Ökonomie internationaler Investitionsabkommen: Diskurs und Forum-Shifting der EU*, 309 S., Verlag Westfälisches Dampfboot: Münster 2010. Bezug: Buchhandel*)

● **Tagungen und Termine:**

* 3. November: VENRO-Fachgespräch zum Thema *Klima und Entwicklung: Anforderungen an eine bedarfsgerechte Finanzierung* in Berlin. Info: VENRO-Projekt Perspektive 2015, Chausseestr. 128/129, D-10115 Berlin, Tel. 030/28046670, E-Mail berlin@venro.org
* 5./6. November: Handelspolitische Konferenz eines breiten Bündnisses zum Thema *Nie wieder Weltmeister?! Alternativen zur exportorientierten Handelspolitik* in Berlin. Info: www.weed-online.org/themen/3828673.html, viola.dannenmaier@power-shift.de (bitte auch die Beilage zu dieser Printausgabe beachten!)
* 12./13. November: Konferenz von Bündnis 90/Die Grünen und Heinrich-Böll-Stiftung zum Thema *Boden-Los - Wem gehört das Land? Wer hat Zugang? Wie schützen wir es vor Spekulantent?* in Berlin. Info: Ute Straub, hbs, Referentin Internationaler Agrarhandel, Tel. 030/28534311, straub@boell.de, www.ecofair-trade.org
* 23./24. November: Entwicklungspolitisches Forum der Heinrich-Böll-Stiftung unter dem Motto *Weiterdenken! Deutsche Entwicklungspolitik im Spannungsfeld globaler Krisen* in Berlin. Info: www.boell.de/calendar/VA-viewevt-de.aspx?evtid=8387

durch China und speziell durch seine Währung verursacht seien, und die ernsthaften Probleme, die eine Aufwertung des Yuans innerhalb Chinas verursachen würden, sind zwei Faktoren, die eine erfolgreiche Auflösung des Gegensatzes zwischen den USA und China so schwierig machen. Das erklärt die Gefahren eines neuen und wachsenden Protektionismus in den USA und die verärgerten Reaktionen in China. Hoffentlich wird das Gesetz des Repräsentantenhauses nicht in Kraft treten und zur Anwendung kommen. Doch dies ist durchaus möglich, und so sollten wir uns auf harte Zeiten vorbereiten. □

Martin Khor ist Direktor des South Centres in Genf.